

# 1123 der Beilagen zu den stenographischen Protokollen des Nationalrates XIII. GP

14. 5. 1974

## Regierungsvorlage

**Bundesgesetz vom XXXXXXXX 1974,  
mit dem das Preisregelungsgesetz 1957 ge-  
ändert wird**

Der Nationalrat hat beschlossen:

### Artikel I

(Verfassungbestimmung)

Die Erlassung und Aufhebung von Vorschriften, wie sie im Preisregelungsgesetz 1957, BGBl. Nr. 151, in der Fassung der Bundesgesetze BGBl. Nr. 103/1962, BGBl. Nr. 77/1963, BGBl. Nr. 305/1966, BGBl. Nr. 488/1971, BGBl. Nr. 449/1972 und des Artikels II des vorliegenden Bundesgesetzes enthalten sind, sowie die Vollziehung dieser Vorschriften sind für die Zeit vom Wirksamkeitsbeginn dieses Bundesgesetzes bis zum 31. Dezember 1975 auch in den Belangen Bundessache, hinsichtlich derer das Bundes-Verfassungsgesetz in der Fassung von 1929 etwas anderes vorsieht.

### Artikel II

Das Preisregelungsgesetz 1957 wird wie folgt geändert:

1. § 2 hat zu lauten:

„§ 2. (1) Preise und Entgelte für Sachgüter und Leistungen unterliegen der Regelung nach den Bestimmungen dieses Bundesgesetzes, soweit nicht hierfür besondere Rechtsvorschriften bestehen.

(2) Für Sachgüter und Leistungen, die in der Anlage zu diesem Bundesgesetz bezeichnet sind, können nach Maßgabe des § 3 volkswirtschaftlich gerechtfertigte Preise und Entgelte bestimmt werden. Dies gilt auch für Sachgüter, für die Lenkungs- oder Bewirtschaftungsmaßnahmen gemäß den jeweils geltenden Vorschriften getroffen werden, für die Dauer dieser Lenkungs- oder Bewirtschaftungsmaßnahmen.

(3) Für andere Sachgüter und Leistungen kann eine Preisregelung gemäß den §§ 3 c bis 3 e getroffen werden.

(4) Wenn volkswirtschaftliche Gründe dafür sprechen, kann der Bundesminister für Handel,

Gewerbe und Industrie nach Anhörung der Bundeskammer der gewerblichen Wirtschaft, der Präsidentenkonferenz der Landwirtschaftskammern Österreichs und des Österreichischen Arbeiterkammertages Sachgüter und Leistungen, die in der Anlage zu diesem Bundesgesetz bezeichnet sind, von der Preisregelung gemäß § 3 durch Verordnung ausnehmen.“

2. An die Stelle der Überschrift „Bestimmung von Preisen und Entgelten, Sicherungsmaßnahmen“ vor § 3 hat die Überschrift „Bestimmung von Preisen und Entgelten“ zu treten.

3. An die Stelle des § 3 treten folgende §§ 3, 3 a und 3 b:

„§ 3. (1) Der Bundesminister für Handel, Gewerbe und Industrie kann auf Antrag oder von Amts wegen volkswirtschaftlich gerechtfertigte Preise und Entgelte für die im § 2 Abs. 2 genannten Sachgüter und Leistungen nach Maßgabe der folgenden Vorschriften bestimmen.

(2) Preise und Entgelte im Sinne dieses Bundesgesetzes sind volkswirtschaftlich gerechtfertigt, wenn sie sowohl den bei der Erzeugung und im Vertrieb oder bei der Erbringung der Leistung jeweils bestehenden volkswirtschaftlichen Verhältnissen als auch der jeweiligen wirtschaftlichen Lage der Verbraucher oder Leistungsempfänger bestmöglich entsprechen.

(3) Beim Bundesministerium für Handel, Gewerbe und Industrie wird unter dem Vorsitz des Bundesministers für Handel, Gewerbe und Industrie oder eines von ihm bestellten Vertreters eine Preiskommission gebildet. Sie besteht aus

a) je einem Vertreter des Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft, des Bundesministeriums für soziale Verwaltung und des Bundesministeriums für Finanzen;

b) je einem Vertreter der Bundeskammer der gewerblichen Wirtschaft, der Präsidentenkonferenz der Landwirtschaftskammern Österreichs und des Österreichischen Arbeiterkammertages.

(4) Die Vertreter der Bundesministerien sind von den zuständigen Bundesministern, die übrigen Vertreter von den im § 2 Abs. 4 bezeichneten Körperschaften zu bestellen. Für jeden Vertreter ist ein Ersatzmann zu bestellen. Der Vorsitzende der Preiskommission kann zur Beratung auch Sachverständige heranziehen.

(5) Anträge sind beim Bundesministerium für Handel, Gewerbe und Industrie zu überreichen und von diesem nach Anhörung der im § 2 Abs. 4 bezeichneten Körperschaften und der Antragsteller einer Vorprüfung zu unterziehen. Nach Abschluß des Vorprüfungsverfahrens ist der Antrag mit allen Unterlagen der Preiskommission zur Begutachtung vorzulegen.

(6) Werden im Vorprüfungsverfahren Betriebsprüfungen vorgenommen, so sind die Prüfungsunterlagen den Mitgliedern der Preiskommission zur Stellungnahme zu übermitteln. Bei der Begutachtung können Vertreter der überprüften Unternehmen im Vorprüfungsverfahren oder zur Preiskommission vorgeladen und zu weiterer Auskunftserteilung verhalten werden.

(7) Für die Preisbestimmung von Amts wegen sind die Abs. 5 und 6 sinngemäß anzuwenden.

(8) Die Preise und Entgelte sind durch Bescheid oder durch Verordnung zu bestimmen.

§ 3 a. (1) Preisbestimmungen nach § 3 können auch unter Vorschreibung von Bedingungen oder Auflagen erfolgen. Insbesondere können Mehrerlöse, die sich dadurch ergeben, daß die tatsächlichen Estandskosten unter den der behördlichen Preisbestimmung zugrunde gelegten Estandskosten liegen, zugunsten des Bundes abgeschöpft werden. Bei der Bemessung des Abschöpfungsbetrages ist auf die Belastung durch zu erwartende höhere Wiederbeschaffungspreise im Umfange der üblicherweise getätigten Umsätze und der dadurch bedingten Vorratshaltung Rücksicht zu nehmen.

(2) Die Verpflichtung zur Abführung der Abschöpfungsbeträge ist durch Bescheid oder Verordnung des Bundesministers für Handel, Gewerbe und Industrie auszusprechen. Hierbei ist zu bestimmen, bis zu welchem Zeitpunkt die vorgeschriebenen Beträge abzuführen sind.

(3) Vor Erlassung einer Verordnung oder eines Bescheides sind die im § 2 Abs. 4 genannten Körperschaften zu hören.

(4) Die mit dem Vollzuge dieses Bundesgesetzes betrauten Behörden sind berechtigt, die zur Feststellung der abzuschöpfenden Beträge unbedingt erforderlichen Erhebungen, wie etwa Vorratsaufnahmen oder betriebswirtschaftliche Überprüfungen von Unternehmen, durchzuführen.

(5) Die im Abs. 2 genannten Beträge sind auf ein in der Verordnung oder im Bescheid zu bestimmendes Konto einzuzahlen. Über die abgeführten Beträge verfügt der Bundesminister für Finanzen. Die so abgeführten Beträge bilden eine Betriebsausgabe.

§ 3 b. Der Bundesminister für Handel, Gewerbe und Industrie kann die Landeshauptmänner — sind jedoch die Bedingungen nur für bestimmte Bundesländer gegeben, die Landeshauptmänner dieser Bundesländer — durch Verordnung oder durch Bescheid ermächtigen, die ihm nach den §§ 3 und 3 a zustehenden Befugnisse in seinem Namen auszuüben, sofern die bei der Preisbestimmung zu berücksichtigenden Umstände in den einzelnen Bundesländern verschieden sind oder dies sonst im Interesse der Zweckmäßigkeit, Raschheit, Einfachheit und Kostenersparnis gelegen ist. Die Landeshauptmänner haben bei der Ausübung dieser Befugnisse an Stelle der im § 2 Abs. 4 genannten Körperschaften sinngemäß die entsprechenden Körperschaften ihres örtlichen Bereiches zu hören.“

4. An die Stelle des § 3 a treten folgende §§ 3 c bis 3 e:

„§ 3 c. (1) Für Sachgüter und Leistungen, die nicht unter die Bestimmungen des § 2 Abs. 2 fallen, kann die Behörde (§ 3 e) in den Fällen, in denen ein oder mehrere Unternehmen eine volkswirtschaftlich nicht gerechtfertigte Erhöhung des Preises oder Entgeltes vorgenommen haben oder für eine Leistung des Handels ein volkswirtschaftlich nicht gerechtfertigtes Entgelt fordern, die Herabsetzung des Preises oder Entgeltes auf das volkswirtschaftlich gerechtfertigte Ausmaß durch Bescheid oder Verordnung verfügen.

(2) Abs. 1 findet keine Anwendung auf Sachgüter und Leistungen,

1. die nicht unmittelbar oder mittelbar der Befriedigung lebenswichtiger Bedürfnisse dienen,
2. bei denen die Bundeskammer der gewerblichen Wirtschaft, der Österreichische Arbeiterkammertag, die Präsidentenkonferenz der Landwirtschaftskammern Österreichs und der Österreichische Gewerkschaftsbund den betreffenden Unternehmen übereinstimmend mitgeteilt haben, daß sie die Erhöhung des Preises oder Entgeltes für volkswirtschaftlich gerechtfertigt halten,
3. bei denen die Erhöhung des Preises oder Entgeltes auf eine Empfehlung gemäß § 3 Z. 3 des Kartellgesetzes, BGBl. Nr. 460/1972, zurückgeht.

(3) Im Falle einer ungerechtfertigten Erhöhung ist der Betrag des Unterschiedes zwischen dem erzielten und dem zulässigen Preis oder Entgelt durch Bescheid ganz oder teilweise für verfallen zu erklären. Bei der Festsetzung der Höhe des für verfallen zu erklärenden Betrages ist auf das Maß einer allfälligen volkswirtschaftlichen Rechtfertigung der Erhöhung Bedacht zu nehmen.

§ 3 d. (1) Ein gemäß § 3 c amtlich festgesetzter Preis (Entgelt) gilt als volkswirtschaftlich gerechtfertigter Preis (Entgelt) für die Dauer von sechs Monaten. Die Verpflichtung der Unternehmen zum Abzug von Zollbeträgen und Ausgleichs- abgabebeträgen gemäß § 2 Abs. 1 Satz 3 des Preisbestimmungsgesetzes 1972, BGBl. Nr. 271, in der geltenden Fassung, bleibt aufrecht.

(2) Sofern die Preisbestimmung für ein Unternehmen durch Bescheid erfolgt ist, darf innerhalb des im Abs. 1 angeführten Zeitraumes der Preis oder das Entgelt nur mit Zustimmung der Behörde (§ 3 e) erhöht werden. Die Zustimmung ist auf Antrag des Unternehmens zu erteilen, wenn sich die volkswirtschaftlichen Umstände seit Erlassung des Bescheides derart geändert haben, daß die Erhöhung volkswirtschaftlich gerechtfertigt ist.

§ 3 e. (1) Behörde im Sinne der §§ 3 c und 3 d ist der Bundesminister für Handel, Gewerbe und Industrie

1. für die Preisbestimmung von Sachgütern oder Leistungen eines marktbeherrschenden Unternehmens (§ 40 des Kartellgesetzes),
2. für die Preisbestimmung von Sachgütern oder Leistungen, für die zum Zeitpunkt der Preisbestimmung eine Marke in Österreich Schutz genießt, sofern die Preisbestimmung den Markeninhaber betrifft,
3. für die Preisbestimmung von Sachgütern und Leistungen, die unter die Bestimmungen des EGKS-Abkommen-Durchführungsgesetzes, BGBl. Nr. 332/1973, fallen.

(2) In allen anderen Fällen ist Behörde der Landeshauptmann.

(3) (Verfassungsbestimmung) Bescheide des Landeshauptmannes ergehen in erster und letzter Instanz.

(4) Vor Erlassung eines Bescheides oder einer Verordnung sind vom Bundesminister für Handel, Gewerbe und Industrie die im § 2 Abs. 4 genannten Körperschaften, vom Landeshauptmann sinngemäß die entsprechenden Körperschaften seines örtlichen Bereiches zu hören.“

5. Die bisherigen §§ 3 b, 4, 5 und 5 a samt ihren Überschriften haben zu entfallen.

An ihre Stelle treten die nachstehenden §§ 4 und 5:

„§ 4. (1) Für Obst, Gemüse, Kartoffeln, Kaffee, Kakao, Düngemittel und Futtermittel, alles ausländischer Herkunft, darf im inländischen Geschäftsverkehr höchstens ein Preis gefordert, versprochen oder gewährt werden, der dem tatsächlichen Einkaufspreis zuzüglich der volkswirtschaftlich gerechtfertigten Kosten- und Gewinnaufschläge entspricht.

(2) Kosten- und Gewinnaufschläge sind volkswirtschaftlich gerechtfertigt, wenn sie den jeweiligen volkswirtschaftlichen Verhältnissen im Vertrieb und der jeweiligen wirtschaftlichen Lage der Verbraucher bestmöglich entsprechen.

§ 5. (1) Auf dem Gebiete des Apotheken- und Arzneimittelwesens einschließlich des Verkehrs mit tierärztlichen Mitteln und Desinfektionsmitteln stehen dem Bundesminister für Gesundheit und Umweltschutz die im § 2 Abs. 4 und in den §§ 3 bis 3 e bezeichneten Befugnisse zu. Die Einberufung der Preiskommission (§ 3 Abs. 3) und der Vorsitz in dieser obliegt in diesen Fällen dem Bundesminister für Gesundheit und Umweltschutz oder einem von ihm bestellten Vertreter, wobei der Preiskommission auch ein Vertreter des Bundesministeriums für Handel, Gewerbe und Industrie sowie ein von der Österreichischen Apothekerkammer bestellter Vertreter anzugehören hat.

(2) Soweit Angelegenheiten gemäß § 2 Abs. 4 und §§ 3 bis 3 e durch Verordnung oder Bescheid des zuständigen Bundesministers geregelt werden, ist bei

1. Sachgütern und Leistungen, deren Preis (Entgelt) aus Finanzmitteln des Bundes gestützt wird oder bei denen zweckgebundene Einnahmen des Bundes eingehoben werden, sowie in den Fällen, in denen Abschöpfungen gemäß § 3 a vorgesehen sind, das Einvernehmen mit dem Bundesminister für Finanzen und bei
2. Sachgütern, die dem Marktordnungsgesetz 1967 unterliegen, sowie bei Zucker, Geflügel und Eiern das Einvernehmen mit dem Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft herzustellen.

(3) In den Fällen des Abs. 2 sind nach dessen Maßgabe Vertreter des Bundesministeriums für Finanzen und des Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft dem preisbehördlichen Prüfungsverfahren zuzuziehen.“

6. § 6 und dessen Überschrift haben zu lauten:

„Preisüberwachung und Auskunftspflicht

§ 6. (1) Die Preisüberwachung obliegt den Bezirksverwaltungsbehörden. Sie können sich hiebei der Organe der Bundesgendarmerie bedienen. Im Wirkungsbereich einer Bundespolizeibehörde obliegt die Preisüberwachung dieser.

(2) Der Bundesminister für Handel, Gewerbe und Industrie, die Landeshauptmänner, die Bezirksverwaltungsbehörden und die Bundespolizeibehörden sind berechtigt, durch ihre Organe von den gemäß Abs. 3 Auskunftspflichtigen Auskünfte über alles zu verlangen, was für die Preisregelung und Preisüberwachung erforderlich ist,

und zu diesem Zweck auch in die Wirtschafts- und Geschäftsaufzeichnungen Einsicht zu nehmen. Diese Rechte stehen für die Preisregelung auch dem Bundesminister für Gesundheit und Umweltschutz zu.

(3) Zur Auskunft sind alle gewerblichen und landwirtschaftlichen Unternehmen sowie deren Verbände verpflichtet.

(4) Alle Auskünfte sind kostenlos zu erteilen.“

7. Abs. 11 des § 7 hat zu lauten:

„(11) Wenn volkswirtschaftliche Gründe dafür sprechen, kann der Bundesminister für Handel, Gewerbe und Industrie von der Verpflichtung zur Ersichtlichmachung der Preise durch Bescheid oder durch Verordnung Ausnahmen anordnen oder durch Verordnung nähere Vorschriften über die Art der Ersichtlichmachung der Preise für einzelne Branchen und innerhalb dieser erlassen.“

8. Dem § 7 wird folgender Abs. 12 angefügt:

„(12) Preise sind derart ersichtlich zu machen, daß die Umsatzsteuer mit eingeschlossen ist.“

9. § 8 und dessen Überschrift haben zu entfallen; an seine Stelle tritt nachstehender § 8 samt Überschrift:

„Kundmachung von Verordnungen

§ 8. Verordnungen auf Grund dieses Bundesgesetzes sind im „Amtsblatt zur Wiener Zeitung“

kundzumachen. Sie treten, sofern kein anderer Zeitpunkt festgesetzt wird, am dritten Tag nach der Kundmachung in Kraft.“

10. Abs. 2 und 3 des § 10 haben zu lauten:

„(2) Dieses Bundesgesetz tritt mit Ablauf des 31. Dezember 1975 außer Kraft.

(3) Mit der Vollziehung dieses Bundesgesetzes sind nach Maßgabe des Bundesministeriengesetzes 1973 der Bundesminister für Handel, Gewerbe und Industrie, der Bundesminister für Gesundheit und Umweltschutz, der Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft und der Bundesminister für Finanzen betraut.“

11. Die Anlage wird wie folgt geändert:

a) Im Abschnitt I Z. 5 wird nach „Impfstoffe,“ eingefügt:

„immunbiologische Präparate,“

b) Im Abschnitt I Z. 6 lit. b wird nach „Ölkuchen, -schrot, -mehl,“ eingefügt:

„Futtergerste, Futterhafer, Futtermais, Düngemittel,“

### Artikel III

Mit der Vollziehung des Art. I und des § 3 e Abs. 3 in der Fassung des Art. II Z. 4 dieses Bundesgesetzes ist die Bundesregierung betraut. Die Zuständigkeit zur Vollziehung der übrigen Vorschriften bestimmt sich nach § 10 Abs. 3 des Preisregelungsgesetzes 1957 in der Fassung des Art. II Z. 10 dieses Bundesgesetzes.

## Erläuterungen

Die Novellierung des Preisregelungsgesetzes 1957 noch vor dem vorgesehenen Auslaufen zum Jahresende 1974 scheint auf Grund der erheblichen Preissteigerungen in den letzten Monaten dringend geboten.

Der vorliegende Entwurf sieht daher mit seinen neuen Bestimmungen in den §§ 3 c bis 3 e für den Bundesminister für Handel, Gewerbe und Industrie und die Landeshauptmänner ein Instrumentarium zur Hintanhaltung von volkswirtschaftlich nicht gerechtfertigten Erhöhungen von Preisen für Sachgüter und Entgelten für Leistungen vor. Es steht jedoch außer Zweifel, daß die Erhöhung von Preisen bzw. Entgelten dann als volkswirtschaftlich gerechtfertigt anzusehen ist, wenn die Paritätische Kommission bzw. ihr Unterausschuß für Preisfragen diese Erhöhung zur Kenntnis genommen hat; diesem Standpunkt trägt insbesondere die Bestimmung des § 3 c Abs. 2 Z. 2 Rechnung.

Weiters sind die Bestimmungen der §§ 3 c bis 3 e dann nicht anzuwenden, wenn bereits eine behördliche Preisregelung auf Grund anderer Bestimmungen des Preisregelungsgesetzes oder die Möglichkeit der Preisregelung nach anderen Rechtsvorschriften (z. B. nach der Gewerbeordnung) besteht.

Durch die Einfügung der neuen Bestimmungen der §§ 3 c bis 3 e war eine Weitergeltung der

Bestimmungen des bisherigen § 3 a, welcher seit seinem Bestehen niemals eine behördliche Preisregelung zur Folge hatte, entbehrlich.

Weiters wurden im vorliegenden Entwurf jene Änderungen berücksichtigt bzw. aufgenommen, die der Zielsetzung des Bundesministeriengesetzes 1973 entsprechen.

Schließlich wurde das Preisregelungsgesetz in einen systematischen Aufbau gebracht.

Zu den einzelnen Bestimmungen wird bemerkt:

### Zu Art. I:

Die Verfassungsbestimmung ist notwendig, um die Bundeskompetenz hinsichtlich der im Preisregelungsgesetz vorgesehenen Maßnahmen auch für die Zeit bis 31. Dezember 1975 sicherzustellen.

### Zu Art. II:

#### Zu Z. 1, 2, 3, 5, 6, 7, 8, 9, 11:

Die Novellierung dieser Bestimmungen bewirkt im wesentlichen

- a) die Anpassung des Preisregelungsgesetzes 1957 an die dem Bundesministeriengesetz 1973 entsprechende Rechtslage,
- b) einen systematischen Aufbau des Preisregelungsgesetzes.

Das Preisregelungsgesetz nach der neuen Fassung stellt sich nunmehr folgendermaßen dar:

Ziffer der Novelle	Paragraphen	Überschrift	Inhalt
Z. 1	§ 2	Gegenstand der Preisregelung	
Z. 2	(§ 3)	Bestimmung von Preisen und Entgelten für die in der Anlage angeführten Sachgüter und Leistungen	Verfahren und Preiskommission
Z. 3	(§ 3 a)		Bedingungen, Auflagen und Abschöpfung
	(§ 3 b)		Ermächtigung des Landeshauptmannes

6

## 1123 der Beilagen

Ziffer der Novelle	Paragraphen	Überschrift	Inhalt
Z. 4	(§ 3 c) (§ 3 d) (§ 3 e)	Sonderpreisregelung	
Z. 5	(§ 4)		
	(§ 5)		
		Preise für bestimmte Sachgüter ausländischer Herkunft	
		Kompetenz des Gesund- heitsministers	
		Mitkompetenz des Finanz- und Landwirt- schaftsministers	
Z. 6	§ 6	Preisüberwachung und Auskunftspflicht	
	§ 7	Ersichtlichmachung von Preisen	
Z. 7, 8 (Abs. 11 und 12)			
Z. 9	§ 8	Kundmachung von Ver- ordnungen	
Z. 10	§ 9	Strafbestimmungen	

**Zu Z. 1:**

§ 2 stellt nunmehr die möglichen Arten der Preisregelung in Ansehung der Regelung der Sachgüter und Leistungen der Anlage bewirtschafteten Güter gemäß §§ 3 c bis 3 e vorweg übersichtlich zusammen.

**Zu Z. 3:**

Der bisherige § 3 regelte das Verfahren in bezug auf Sachgüter und Leistungen der Anlage. An dessen Stelle tritt der neue § 3, wobei des systematischen Zusammenhanges halber die Abschöpfung (früher § 3 b) und die Landeshauptmänner-Ermächtigung (früher § 4 Abs. 1) als §§ 3 a und 3 b folgen.

Zur Frage „Delegierung durch Verordnung oder für den Einzelfall durch Bescheid“ wird bemerkt: Eine Verordnung ist eine Norm mit einem generell-abstrakten, ein Bescheid eine Norm mit einem individuell-konkreten Adressatenkreis.

Jede Kompetenznorm bindet sowohl die Behörden als auch die künftigen Parteien der in Betracht kommenden Verwaltungsverfahren. Wenn im Falle der im § 3 b vorgesehenen Delegierung grundsätzlich die Rechtsform der Verordnung zu gebrauchen ist, dann deshalb, weil die Verordnung nicht nur die Behörde, sondern auch alle individuell noch nicht bestimmbar Personen bindet, die durch die künftige Preisregelung verpflichtet werden.

Eine bescheidmäßige Delegierung kommt sohin nur dann in Betracht, wenn die Personen, auf die sich die Preisregelung beziehen soll, individuell bestimmt sind und wenn das Recht und die Pflicht delegiert werden, ein ganz bestimmtes Preisregelungsverfahren durchzuführen, wenn also der Gegenstand des Preisregelungsverfahrens konkretisiert ist. Der Delegierungsbescheid ist dann nicht bloß den Landeshauptmännern, sondern — wie jeder Bescheid — an die individuell benennbaren Personen, die von der beabsichtigten konkret zu bezeichnenden Preisregelung betroffen werden, zuzustellen.

Diese Erläuterungen gelten auch für alle Bestimmungen des Gesetzentwurfes, in denen von einer Regelung durch Verordnung oder für den Einzelfall durch Bescheid die Rede ist.

**Zu Z. 4:**

§ 3 a wird durch die neuen §§ 3 c bis 3 e abgelöst.

Die Bestimmungen der §§ 3 c bis 3 e sollen den Landeshauptmännern bzw. bei Unternehmen oder Unternehmensgruppen mit marktbeherrschendem Einfluß sowie bei Markenartikeln dem Bundesminister für Handel, Gewerbe und Industrie die Möglichkeit geben, bei nicht der amtlichen Preisregelung unterliegenden Sachgütern und Leistungen volkswirtschaftlich nicht gerechtfertigte Erhöhungen der Preise bzw. Entgelte diese auf ein volkswirtschaftlich gerechtfertigtes Ausmaß zurückzuführen.

Mit dieser neuen Ermächtigung wird kein Preisstop verfügt. Vielmehr sollen bestehende Preisauftriebendenzen auf ein volkswirtschaftlich gerechtfertigtes Ausmaß beschränkt werden. Auch die Bestimmung des § 3 c Abs. 2, wonach Luxusgüter und Leistungen, die nicht lebenswichtig sind, von dieser Regelung ausdrücklich ausgenommen werden, soll sicherstellen, daß von der Ermächtigung der Behörde, preisregelnd einzugreifen, nur in solchen Fällen Gebrauch gemacht werden kann, in denen es sich tatsächlich um lebenswichtige Sachgüter bzw. Leistungen handelt. Weiters ist ausdrücklich vorgesehen, daß eine solche Preisregelung maximal sechs Monate in Kraft bleiben kann. Bei einer wesentlichen Änderung der wirtschaftlichen Gegebenheiten ist diesen noch vor Ablauf der Sechs-Monate-Frist Rechnung zu tragen.

Für die Aufteilung der Kompetenzen zwischen dem Bundesminister für Handel, Gewerbe und Industrie und den Landeshauptmännern war die regionale Differenziertheit dieser Preise sowie der Umstand maßgebend, daß eine Rückführung der Preise auf ein volkswirtschaftlich gerechtfertigtes Ausmaß jeweils umgehend erfolgen soll, wenn die angestrebte preisdämpfende Wirkung erzielt werden soll.

Sollten diesbezügliche Erhebungen in einem Bundesland zu dem Ergebnis führen, daß eine volkswirtschaftlich nicht gerechtfertigte Preiserhöhung ihre Ursache nicht in überhöhten Handelsspannen, sondern im Verkaufspreis einer Lieferfirma hat, so wird, wenn diese Lieferfirma ihren Sitz in einem anderen Bundesland hat, der Landeshauptmann, welcher diese Preiserhöhung ermittelt hat, dem für den Sitz des Unternehmens regional zuständigen Landeshauptmann das Ergebnis seiner diesbezüglichen Erhebungen bekanntzugeben haben.

Zu § 3 c Abs. 2 Z. 3 wird bemerkt, daß die Bestimmung des Abs. 1 Anwendung findet, wenn der empfohlene Preis überschritten wird.

Der Begriff „marktbeherrschende Unternehmen“ wird im Sinne des § 40 des Kartellgesetzes, BGBl. Nr. 460/1972, verstanden.

Zu § 3 e Abs. 3: In Angelegenheiten der mittelbaren Bundesverwaltung, in denen der Landeshauptmann zufolge einer in den Verwaltungsvorschriften vorgesehenen Abkürzung des Instanzenzuges als erste und letzte Instanz einzuschreiten hat, geht der Instanzenzug im Bundesland Wien nach Art. 109 B-VG an den zuständigen Bundesminister (Erk. eines verstärkten Senates des VwGH SlgNF 6872 A in Abgehen von den Beschl. verstärkter Senate SlgNF Anh. 14/1949, 1293 A und in Übereinstimmung mit VfSlg. 4442 und VfSlg. 4518, mit denen der VfGH von seiner früheren Rechtsprechung — vgl. etwa VfSlg. 2054 — abgegangen war).

Diese Differenzierung gegenüber den anderen Bundesländern erscheint bei den Fällen der Sonderpreisregelung nicht sinnvoll, daher die Verfassungsbestimmung im § 3 e Abs. 3. Sollte aber die Regierungsvorlage Nr. 182 der Beilagen zu den stenographischen Protokollen der XIII. GP des NR, betreffend Änderung des B-VG (Förderungsprogramm der Bundesländer) vorher Gesetz werden, würde sich diese Verfassungsbestimmung erübrigen.

Das Bundesministerium für Handel, Gewerbe und Industrie wird bemüht sein, die Mehrarbeit, die durch Maßnahmen nach § 3 c bis 3 e entsteht, durch Angehörige des eigenen Personalstandes — allenfalls im Wege der Umschichtung — zu bewältigen. Wenn dies mit Rücksicht auf einen etwaigen erheblich vergrößerten Anfall von Dienststücken nicht möglich sein sollte, wird allerdings eine Vermehrung der Dienstposten erforderlich sein.

#### Zu Z. 5:

- Der alte § 3 b ist nunmehr § 3 a,
- der alte § 4 ist nunmehr teils § 3 b (Delegierung),
- teils § 6 Abs. 1 (Preisüberwachung),
- der alte § 5 ist nunmehr § 4;

an die Stelle des alten § 5 a (Kompetenz des Landwirtschaftsministers) tritt nunmehr § 5 (Kompetenz des Gesundheitsministers und Mitkompetenzen des Finanz- und Landwirtschaftsministers).

Dem Bundesministerium für Finanzen stehen in Angelegenheiten der Preisregelung

- aa) von Sachgütern und Leistungen, die in der Anlage zum Preisregelungsgesetz aufgezählt sind;
- bb) gem. § 3 c Preisregelungsgesetz;

folgende Befugnisse zu:

Wenn im Zuge des Vorprüfungsverfahrens abzusehen ist, daß als Folge der vorzunehmenden Preisregelung bestehende Budgetbelastungen weiter fortgesetzt, bestehende Budgetbelastungen erweitert, neue Budgetbelastungen eingeführt, auf Einnahmen des Bundes verzichtet oder Einnahmeverzichte des Bundes aufrechterhalten werden müßten, ist das Bundesministerium für Finanzen sofort dem Vorprüfungsverfahren beizuziehen, und der abschließende Verwaltungsakt (Verordnung oder Bescheid), mit dem die Preisregelung vorgenommen wird, im Einvernehmen mit dem Bundesministerium für Finanzen zu erlassen.

Diese Bestimmung wird u. a. dann Platz greifen, wenn z. B. im Zusammenhang mit der

Preisfestsetzung auf Steuer- oder Zolleinnahmen verzichtet wird oder Förderungen, Verlustabdeckungen bzw. Kapitaleinzahlungen seitens des Bundes zu leisten sind oder waren. Als Verzicht auf Einnahmen des Bundes gilt nicht die Verminderung von Abgabeneingängen, die zwangsläufig mit der Festsetzung eines niedrigeren höchstzulässigen Preises verbunden ist.

#### Zu Z. 6:

Vereinigt nunmehr die sich auf alle Gebiete der Preisregelung erstreckende Preisüberwachung und Auskunftspflicht.

#### Zu Z. 9:

Regelt an Stelle des ersatzlos gestrichenen § 8 die bisher an den verschiedensten Stellen verstreute Kundmachungspflicht. Die alten Bestimmungen über die Kostenersätze für behördliche Preisbestimmung ist entbehrlich, da mit den bezüglichen Bestimmungen des AVG besser das Auslangen gefunden werden kann.

#### Zu Art. III:

Art. III enthält die auch bei den früheren Novellierungen des Preisregelungsgesetzes 1957 übliche Vollzugsklausel.

## Textgegenüberstellung

### Derzeit geltender Text

(Unter Außerachtlassung der durch das Bundesministeriengesetz 1973 bewirkten Zuständigkeitsänderungen)

§ 2. (1) Die Preise und Entgelte für die in der Anlage zu diesem Bundesgesetz bezeichneten Sachgüter und Leistungen unterliegen der Regelung nach den Bestimmungen dieses Bundesgesetzes.

(2) Wenn volkswirtschaftliche Gründe dafür sprechen, kann das Bundesministerium für Inneres im Einvernehmen mit den in ihrem Wirkungsbereichen vornehmlich berührten Bundesministerien nach Anhörung der Bundeskammer der gewerblichen Wirtschaft, der Präsidentenkonferenz der Landwirtschaftskammern Österreichs und des Österreichischen Arbeiterkammertages Sachgüter und Leistungen für die Dauer oder befristet vom Anwendungsbereich dieses Bundesgesetzes durch Verordnung ausnehmen. Die Verordnung ist im „Amtsblatt zur Wiener Zeitung“ zu veröffentlichen.

(3) Als vornehmlich berührte Bundesministerien im Sinne dieses Bundesgesetzes sind — unbeschadet des § 5 a — anzusehen:

- a) für die im Abschnitt I Z. 1 bis 4 der Anlage zu diesem Bundesgesetz angeführten Sachgüter das Bundesministerium für Handel, Gewerbe und Industrie;
- b) für die im Abschnitt I Z. 5 der Anlage zu diesem Bundesgesetz angeführten Sachgüter das Bundesministerium für soziale Verwaltung und das Bundesministerium für Handel, Gewerbe und Industrie;
- c) für die im Abschnitt I Z. 6 der Anlage zu diesem Bundesgesetz angeführten Sachgüter, soweit es sich um die Bestimmung gewerblicher und industrieller Produzentenpreise sowie von Handelspreisen handelt, das Bundesministerium für Handel, Gewerbe und Industrie;

### Vorgeschlagener neuer Text

„§ 2. (1) Preise und Entgelte für Sachgüter und Leistungen unterliegen der Regelung nach den Bestimmungen dieses Bundesgesetzes, soweit nicht hiefür besondere Rechtsvorschriften bestehen.

(2) Für Sachgüter und Leistungen, die in der Anlage zu diesem Bundesgesetz bezeichnet sind, können nach Maßgabe des § 3 volkswirtschaftlich gerechtfertigte Preise und Entgelte bestimmt werden. Dies gilt auch für Sachgüter, für die Lenkungs- oder Bewirtschaftungsmaßnahmen gemäß den jeweils geltenden Vorschriften getroffen werden, für die Dauer dieser Lenkungs- oder Bewirtschaftungsmaßnahmen.

(3) Für andere Sachgüter und Leistungen kann eine Preisregelung gemäß den §§ 3 c bis 3 e getroffen werden.

(4) Wenn volkswirtschaftliche Gründe dafür sprechen, kann der Bundesminister für Handel, Gewerbe und Industrie nach Anhörung der Bundeskammer der gewerblichen Wirtschaft, der Präsidentenkonferenz der Landwirtschaftskammern Österreichs und des Österreichischen Arbeiterkammertages Sachgüter und Leistungen, die in der Anlage zu diesem Bundesgesetz bezeichnet sind, von der Preisregelung gemäß § 3 durch Verordnung ausnehmen.“

## 1123 der Beilagen

9

## Derzeit geltender Text

## Vorgeschlagener neuer Text

- d) für Lieferungen elektrischer Energie und damit im Zusammenhang stehende Nebenleistungen (Abschnitt I Z. 7 der Anlage zu diesem Bundesgesetz) das Bundesministerium für Verkehr;
- e) für Energielieferungen anderer Art und damit im Zusammenhang stehende Nebenleistungen (Abschnitt I Z. 7 der Anlage zu diesem Bundesgesetz) das Bundesministerium für Handel, Gewerbe und Industrie;
- f) für die Leistungen (Lohnarbeiten) der Butter- und Käseschmelzwerke, der Käsereien, der Molkereien und der Müller (Abschnitt II der Anlage zu diesem Bundesgesetz) das Bundesministerium für Handel, Gewerbe und Industrie und das Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft;
- g) für die Leistungen (Lohnarbeiten) der Bäcker, der Fleischhauer und der Selcher und der fleischverarbeitenden Betriebe (Abschnitt II der Anlage zu diesem Bundesgesetz) das Bundesministerium für Handel, Gewerbe und Industrie;
- h) für Sachgüter und Leistungen, deren Preis bzw. Entgelte aus Finanzmitteln des Bundes gestützt oder für die zweckgebundene Abgaben des Bundes eingehoben werden, das Bundesministerium für Finanzen.

(4) Die Preise für Sachgüter, für die durch Anordnung Lenkungs- oder Bewirtschaftungsmaßnahmen gemäß den jeweils geltenden Vorschriften getroffen werden, können für die Dauer dieser Lenkungs- oder Bewirtschaftungsmaßnahmen vom Bundesministerium für Inneres im Einvernehmen mit dem Bundesministerium, das die Lenkungs- oder Bewirtschaftungsmaßnahmen getroffen hat, und soweit es sich um die Festsetzung gewerblicher und industrieller Produzentenpreise sowie von Handelspreisen handelt, auch im Einvernehmen mit dem Bundesministerium für Handel, Gewerbe und Industrie nach den Bestimmungen dieses Bundesgesetzes geregelt werden. Diese Befristung der Preisregelung gilt nicht für Sachgüter, die bereits in der Anlage dieses Bundesgesetzes angeführt sind.

§ 3. (1) Das Bundesministerium für Inneres kann im Einvernehmen mit den in ihrem Wirkungsbereiche vornehmlich berührten Bundesministerien auf Antrag oder von Amts wegen volkswirtschaftlich gerechtfertigte Preise und Entgelte für die der behördlichen Preisregelung unterliegenden Sachgüter und Leistungen nach Maßgabe der folgenden Vorschriften bestimmen.

(2) Preise und Entgelte im Sinne dieses Bundesgesetzes sind volkswirtschaftlich gerechtfertigt, wenn sie sowohl den bei der Erzeugung und im Vertrieb oder bei der Erbringung der Leistung

§ 3. (1) Der Bundesminister für Handel, Gewerbe und Industrie kann auf Antrag oder von Amts wegen volkswirtschaftlich gerechtfertigte Preise und Entgelte für die im § 2 Abs. 2 genannten Sachgüter und Leistungen nach Maßgabe der folgenden Vorschriften bestimmen.

(2) Text gleichlautend!

(3) Beim Bundesministerium für Handel, Gewerbe und Industrie wird unter dem Vorsitz des Bundesministers für Handel, Gewerbe und Industrie oder eines von ihm bestellten Vertreters eine Preiskommission gebildet. Sie besteht aus

## Derzeit geltender Text

jeweils bestehenden volkswirtschaftlichen Verhältnissen als auch der jeweiligen wirtschaftlichen Lage der Verbraucher oder Leistungsempfänger bestmöglich entsprechen.

(3) Anträge sind bei dem in seinem Wirkungsbereiche vornehmlich berührten Bundesministerium zu überreichen und von diesem nach Anhörung der in Abs. 5 lit. b bezeichneten Körperschaften und der Antragsteller einer Vorprüfung zu unterziehen. Das Bundesministerium, das die Vorprüfung vorgenommen hat, hat den Antrag mit seiner Stellungnahme der im Abs. 5 bezeichneten Preiskommission zur Begutachtung vorzulegen.

(4) Werden Betriebsüberprüfungen (gemäß Abs. 3) vorgenommen, so sind die Prüfungsunterlagen den Mitgliedern der Preiskommission (Abs. 5) zur Stellungnahme zu übermitteln. Bei der Begutachtung können Vertreter der überprüften Unternehmungen gelegentlich der Vorprüfung (Abs. 3) oder zur Preiskommission vorgeladen und zu weiterer Auskunftserteilung verhalten werden.

(5) Beim Bundesministerium für Inneres wird unter dem Vorsitz des Bundesministers für Inneres oder eines von ihm bestellten Vertreters eine Preiskommission gebildet. Sie besteht aus

- a) je einem Vertreter des Bundesministeriums für Handel, Gewerbe und Industrie, des Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft, des Bundesministeriums für soziale Verwaltung, des Bundesministeriums für Finanzen, des Bundesministeriums für Verkehr und des für die Antragstellung zuständigen Bundesministeriums;
- b) je einem Vertreter der Bundeskammer der gewerblichen Wirtschaft, der Präsidentenkonferenz der Landwirtschaftskammern Österreichs und des Österreichischen Arbeiterkammertages.

Die Vertreter der Bundesministerien werden von den zuständigen Bundesministern, die Vertreter der Kammern von diesen bestellt. Für jeden Vertreter wird auch ein Ersatzmann ernannt. Der Vorsitzende der Preiskommission kann zur Beratung auch Sachverständige heranziehen.

(6) Für die Preisbestimmung von Amts wegen (Abs. 1) sind die Abs. 3 bis 5 sinngemäß anzuwenden.

(7) Die Preise und Entgelte sind im Einzelfalle durch Bescheid oder generell durch Verordnung zu bestimmen. Die Verordnungen sind im „Amtsblatt zur Wiener Zeitung“ zu veröffentlichen. Sie treten, sofern für den Wirksamkeitstermin kein anderer Zeitpunkt festgesetzt wird, am dritten Tage nach der Veröffentlichung im „Amtsblatt zur Wiener Zeitung“ in Kraft. Bescheide und Verordnungen auf Grund dieses Absatzes gelten als von der zuständigen Behörde erlassen, wenn

## Vorgeschlagener neuer Text

a) je einem Vertreter des Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft, des Bundesministeriums für soziale Verwaltung und des Bundesministeriums für Finanzen;

b) je einem Vertreter der Bundeskammer der gewerblichen Wirtschaft, der Präsidentenkonferenz der Landwirtschaftskammern Österreichs und des Österreichischen Arbeiterkammertages.

(4) Die Vertreter der Bundesministerien sind von den zuständigen Bundesministern, die übrigen Vertreter von den im § 2 Abs. 4 bezeichneten Körperschaften zu bestellen. Für jeden Vertreter ist ein Ersatzmann zu bestellen. Der Vorsitzende der Preiskommission kann zur Beratung auch Sachverständige heranziehen.

(5) Anträge sind beim Bundesministerium für Handel, Gewerbe und Industrie zu überreichen und von diesem nach Anhörung der im § 2 Abs. 4 bezeichneten Körperschaften und der Antragsteller einer Vorprüfung zu unterziehen. Nach Abschluß des Vorprüfungsverfahrens ist der Antrag mit allen Unterlagen der Preiskommission zur Begutachtung vorzulegen.

(6) Werden im Vorprüfungsverfahren Betriebsüberprüfungen vorgenommen, so sind die Prüfungsunterlagen den Mitgliedern der Preiskommission zur Stellungnahme zu übermitteln. Bei der Begutachtung können Vertreter der überprüften Unternehmen im Vorprüfungsverfahren oder zur Preiskommission vorgeladen und zu weiterer Auskunftserteilung verhalten werden.

(7) Für die Preisbestimmung von Amts wegen sind die Abs. 5 und 6 sinngemäß anzuwenden.

(8) Die Preise und Entgelte sind durch Bescheid oder durch Verordnung zu bestimmen.

## Derzeit geltender Text

## Vorgeschlagener neuer Text

sie vom Bundesministerium für Inneres oder von einem der Bundesministerien ausgefertigt worden sind, mit dem das Einvernehmen gemäß Abs. 1 zu pflegen war.

§ 3 b. (1) Preisbestimmungen nach § 3 Abs. 1 können auch unter Vorschreibung von Bedingungen oder Auflagen erfolgen. Insbesondere können Mehrerlöse, die sich dadurch ergeben, daß die tatsächlichen Estandskosten unter den der behördlichen Preisbestimmung zugrunde gelegten Estandskosten liegen, zugunsten des Bundes eingezogen werden. Bei der Bemessung des Abschöpfungsbetrages ist auf die Belastung durch zu erwartende höhere Wiederbeschaffungspreise im Umfange der üblicherweise getätigten Umsätze und der dadurch bedingten Vorratshaltung Rücksicht zu nehmen.

(2) Die Verpflichtung zur Abführung der Abschöpfungsbeträge (Abs. 1) wird durch Verordnung oder Bescheid des Bundesministeriums für Inneres im Einvernehmen mit den in ihrem Wirkungsbereiche vornehmlich berührten Bundesministerien ausgesprochen.

(3) In der Verordnung (Bescheid) gemäß Abs. 2 ist zu bestimmen, bis zu welchem Zeitpunkte die vorgeschriebenen Beträge abzuführen sind. Verordnungen gemäß Abs. 2 sind im „Amtsblatt zur Wiener Zeitung“ zu veröffentlichen.

(4) Bescheide gemäß Abs. 2 gelten als von der zuständigen Behörde erlassen, wenn sie von einem der Bundesministerien ausgefertigt werden, mit dem das Einvernehmen im Sinne des Abs. 2 zu pflegen war.

(5) Vor Erlassung einer Verordnung oder eines Bescheides gemäß Abs. 2 sind die Bundeskammer der gewerblichen Wirtschaft, die Präsidentenkonferenz der Landwirtschaftskammern Österreichs sowie der Österreichische Arbeiterkammertag zu hören.

(6) Die mit dem Vollzuge dieses Bundesgesetzes betrauten Behörden sind berechtigt, die zur Feststellung der abzuführenden Beträge unbedingt erforderlichen Erhebungen (Vorratsaufnahmen, betriebswirtschaftliche Überprüfungen von Unternehmen usw.) durchzuführen.

(7) Die gemäß Abs. 1 eingegangenen Beträge sind auf das in der Verordnung oder im Bescheide bestimmte Konto einzuzahlen. Über die abgeführten Beträge verfügt das Bundesministerium für Finanzen. Die so abgeführten Beträge bilden eine Betriebsausgabe.

§ 4. (1) Das Bundesministerium für Inneres kann im Einvernehmen mit den in ihrem Wirkungsbereiche vornehmlich berührten Bundesministerien die Landeshauptmänner durch Verordnung oder für den Einzelfall durch Bescheid beauftragen, die ihm nach diesem Bundesgesetz zustehenden Befugnisse in seinem Namen auszu-

§ 3 a. (1) Preisbestimmungen nach § 3 können auch unter Vorschreibung von Bedingungen oder Auflagen erfolgen. Insbesondere können Mehrerlöse, die sich dadurch ergeben, daß die tatsächlichen Estandskosten unter den der behördlichen Preisbestimmung zugrunde gelegten Estandskosten liegen, zugunsten des Bundes abgeschöpft werden. Bei der Bemessung des Abschöpfungsbetrages ist auf die Belastung durch zu erwartende höhere Wiederbeschaffungspreise im Umfange der üblicherweise getätigten Umsätze und der dadurch bedingten Vorratshaltung Rücksicht zu nehmen.

(2) Die Verpflichtung zur Abführung der Abschöpfungsbeträge ist durch Bescheid oder Verordnung des Bundesministers für Handel, Gewerbe und Industrie auszusprechen. Hierbei ist zu bestimmen, bis zu welchem Zeitpunkt die vorgeschriebenen Beträge abzuführen sind.

(3) Vor Erlassung einer Verordnung oder eines Bescheides sind die im § 2 Abs. 4 genannten Körperschaften zu hören.

(4) Die mit dem Vollzuge dieses Bundesgesetzes betrauten Behörden sind berechtigt, die zur Feststellung der abzuschöpfenden Beträge unbedingt erforderlichen Erhebungen, wie etwa Vorratsaufnahmen oder betriebswirtschaftliche Überprüfungen von Unternehmen, durchzuführen.

(5) Die im Abs. 2 genannten Beträge sind auf ein in der Verordnung oder im Bescheid zu bestimmendes Konto einzuzahlen. Über die abgeführten Beträge verfügt der Bundesminister für Finanzen. Die so abgeführten Beträge bilden eine Betriebsausgabe.

§ 3 b. Der Bundesminister für Handel, Gewerbe und Industrie kann die Landeshauptmänner — sind jedoch die Bedingungen nur für bestimmte Bundesländer gegeben, die Landeshauptmänner dieser Bundesländer — durch Verordnung oder durch Bescheid ermächtigen, die ihm nach den §§ 3 und 3 a zustehenden Befugnisse

## Derzeit geltender Text

üben, sofern die bei der Preisbestimmung zu berücksichtigenden Umstände in den einzelnen Bundesländern verschieden sind oder dies sonst im Interesse der Zweckmäßigkeit, Raschheit, Einfachheit und Kostenersparnis gelegen ist. Die Landeshauptmänner haben bei der Ausübung dieser Befugnisse an Stelle der im § 3 Abs. 5 lit. b genannten Körperschaften sinngemäß die entsprechenden Körperschaften ihres örtlichen Bereiches zu hören.

(2) Verordnungen gemäß Abs. 1 sind im „Amtsblatt zur Wiener Zeitung“ zu veröffentlichen.

(3) Die Preisüberwachung obliegt den Bezirksverwaltungsbehörden. Sie können sich hiebei der Organe der Bundesgendarmerie bedienen. Im Amtsbereich einer Bundespolizeibehörde obliegt die Preisüberwachung dieser.

§ 3 a. Das Bundesministerium für Inneres kann ferner volkswirtschaftlich gerechtfertigte Preise für Sachgüter und Entgelte für Leistungen im Sinne des § 3 Abs. 2 dieses Bundesgesetzes für die Dauer von höchstens 6 Monaten bestimmen, wenn:

1. die Bundeskammer der gewerblichen Wirtschaft, die Präsidentenkonferenz der Landwirtschaftskammern Österreichs, der Österreichische Arbeiterkammertag und der Österreichische Gewerkschaftsbund dem Bundesministerium für Inneres übereinstimmend mitteilen, daß der Preis für ein bestimmtes Sachgut oder das Entgelt für eine bestimmte Leistung erhöht wurde; eine solche Preisbestimmung ist nur zulässig, wenn die Preiserhöhungen in einem ganzen Wirtschaftszweig (Branche) oder von einem Unternehmen (einer Unternehmergruppe) mit marktbeherrschendem Einfluß vorgenommen wurde, oder
2. eine solche Maßnahme für Sachgüter und Leistungen, die nicht unter Z. 1 fallen, von den unter Z. 1 genannten Interessenvertretungen gemeinsam als notwendig erachtet wird.

Die Bestimmungen des § 3 Abs. 7 erster bis dritter Satz sind entsprechend anzuwenden. Eine solche Preisbestimmung darf nur einmal aus dem gleichen Anlaß getroffen werden.

## Vorgeschlagener neuer Text

in seinem Namen auszuüben, sofern die bei der Preisbestimmung zu berücksichtigenden Umstände in den einzelnen Bundesländern verschieden sind oder dies sonst im Interesse der Zweckmäßigkeit, Raschheit, Einfachheit und Kostenersparnis gelegen ist. Die Landeshauptmänner haben bei der Ausübung dieser Befugnisse an Stelle der im § 2 Abs. 4 genannten Körperschaften sinngemäß die entsprechenden Körperschaften ihres örtlichen Bereiches zu hören.

§ 3 c. (1) Für Sachgüter und Leistungen, die nicht unter die Bestimmungen des § 2 Abs. 2 fallen, kann die Behörde (§ 3 e) in den Fällen, in denen ein oder mehrere Unternehmen eine volkswirtschaftlich nicht gerechtfertigte Erhöhung des Preises oder Entgeltes vorgenommen haben oder für eine Leistung des Handels ein volkswirtschaftlich nicht gerechtfertigtes Entgelt fordern, die Herabsetzung des Preises oder Entgeltes auf das volkswirtschaftlich gerechtfertigte Ausmaß durch Bescheid oder Verordnung verfügen.

(2) Abs. 1 findet keine Anwendung auf Sachgüter und Leistungen,

1. die nicht unmittelbar oder mittelbar der Befriedigung lebenswichtiger Bedürfnisse dienen,
2. bei denen die Bundeskammer der gewerblichen Wirtschaft, der Österreichische Arbeiterkammertag, die Präsidentenkonferenz der Landwirtschaftskammern Österreichs und der Österreichische Gewerkschaftsbund den betreffenden Unternehmen übereinstimmend mitgeteilt haben, daß sie die Erhöhung des Preises oder Entgeltes für volkswirtschaftlich gerechtfertigt halten,
3. bei denen die Erhöhung des Preises oder Entgeltes auf eine Empfehlung gemäß § 3 Z. 3 des Kartellgesetzes, BGBl. Nr. 460/1972, zurückgeht.

(3) Im Falle einer ungerechtfertigten Erhöhung ist der Betrag des Unterschiedes zwischen dem erzielten und dem zulässigen Preis oder Entgelt durch Bescheid ganz oder teilweise für verfallen zu erklären. Bei der Festsetzung der Höhe des für verfallen zu erklärenden Betrages ist auf das Maß einer allfälligen volkswirtschaftlichen Rechtfertigung der Erhöhung Bedacht zu nehmen.

§ 3 d. (1) Ein gemäß § 3 c amtlich festgesetzter Preis (Entgelt) gilt als volkswirtschaftlich gerechtfertigter Preis (Entgelt) für die Dauer von sechs

## 1123 der Beilagen

13

## Derzeit geltender Text

## Vorgeschlagener neuer Text

Monaten. Die Verpflichtung der Unternehmen zum Abzug von Zollbeträgen und Ausgleichs- abgabebeträgen gemäß § 2 Abs. 1 Satz 3 des Preisbestimmungsgesetzes 1972, BGBl. Nr. 271, in der geltenden Fassung, bleibt aufrecht.

(2) Sofern die Preisbestimmung für ein Unternehmen durch Bescheid erfolgt ist, darf innerhalb des im Abs. 1 angeführten Zeitraumes der Preis oder das Entgelt nur mit Zustimmung der Behörde (§ 3 e) erhöht werden. Die Zustimmung ist auf Antrag des Unternehmens zu erteilen, wenn sich die volkswirtschaftlichen Umstände seit Erlassung des Bescheides derart geändert haben, daß die Erhöhung volkswirtschaftlich gerechtfertigt ist.

§ 3 e. (1) Behörde im Sinne der §§ 3 c und 3 d ist der Bundesminister für Handel, Gewerbe und Industrie

1. für die Preisbestimmung von Sachgütern oder Leistungen eines marktbeherrschenden Unternehmens (§ 40 des Kartellgesetzes),
2. für die Preisbestimmung von Sachgütern oder Leistungen, für die zum Zeitpunkt der Preisbestimmung eine Marke in Österreich Schutz genießt, sofern die Preisbestimmung den Markeninhaber betrifft,
3. für die Preisbestimmung von Sachgütern und Leistungen, die unter die Bestimmungen des EGKS-Abkommen-Durchführungsgesetzes, BGBl. Nr. 332/1973, fallen.

(2) In allen anderen Fällen ist Behörde der Landeshauptmann.

(3) (Verfassungsbestimmung) Bescheide des Landeshauptmannes ergehen in erster und letzter Instanz.

(4) Vor Erlassung eines Bescheides oder einer Verordnung sind vom Bundesminister für Handel, Gewerbe und Industrie die im § 2 Abs. 4 genannten Körperschaften, vom Landeshauptmann sinngemäß die entsprechenden Körperschaften seines örtlichen Bereiches zu hören.

§ 5. (1) Für Obst, Gemüse, Kartoffeln, Kaffee, Kakao, Düngemittel und Futtermittel, alles ausländischer Herkunft, darf im inländischen Geschäftsverkehr höchstens ein Preis gefordert, versprochen oder gewährt werden, der dem tatsächlichen Einkaufspreis zuzüglich der volkswirtschaftlich gerechtfertigten Kosten- und Gewinnaufschläge entspricht.

(2) Kosten- und Gewinnaufschläge sind volkswirtschaftlich gerechtfertigt, wenn sie den jeweiligen volkswirtschaftlichen Verhältnissen im Vertrieb und der jeweiligen wirtschaftlichen Lage der Verbraucher bestmöglich entsprechen.

(3) Verordnungen in Durchführung des Abs. 1 erläßt das Bundesministerium für Inneres. Diese

§ 4. (1) Text gleichlautend!

(2) Text gleichlautend!

(3) Entfällt!

## Derzeit geltender Text

Verordnungen sind, soweit sie nicht nur an unterstellte Verwaltungsbehörden gerichtet sind, im „Amtsblatt zur Wiener Zeitung“ zu veröffentlichen. Sie treten, sofern in der Verordnung kein anderer Wirksamkeitsbeginn festgesetzt wird, am dritten Tag nach ihrer Verlautbarung in Wirksamkeit.

(4) Das Bundesministerium für Inneres kann aus volkswirtschaftlichen Gründen oder zur Vermeidung von Härten in Einzelfällen durch Bescheid Ausnahmen von den Vorschriften der in Durchführung des Abs. 3 ergehenden Verordnungen bewilligen.

## Vorgeschlagener neuer Text

(4) Entfällt!

§ 5. (1) Auf dem Gebiete des Apotheken- und Arzneimittelwesens einschließlich des Verkehrs mit tierärztlichen Mitteln und Desinfektionsmitteln stehen dem Bundesminister für Gesundheit und Umweltschutz die im § 2 Abs. 4 und in den §§ 3 bis 3 e bezeichneten Befugnisse zu. Die Einberufung der Preiskommission (§ 3 Abs. 3) und der Vorsitz in dieser obliegt in diesen Fällen dem Bundesminister für Gesundheit und Umweltschutz oder einem von ihm bestellten Vertreter, wobei der Preiskommission auch ein Vertreter des Bundesministeriums für Handel, Gewerbe und Industrie sowie ein von der Österreichischen Apothekerkammer bestellter Vertreter anzugehören hat.

(2) Soweit Angelegenheiten gemäß § 2 Abs. 4 und §§ 3 bis 3 e durch Verordnung oder Bescheid des zuständigen Bundesministers geregelt werden, ist bei

1. Sachgütern und Leistungen, deren Preis (Entgelt) aus Finanzmitteln des Bundes gestützt wird oder bei denen zweckgebundene Einnahmen des Bundes eingehoben werden, sowie in den Fällen, in denen Abschöpfungen gemäß § 3 a vorgesehen sind, das Einvernehmen mit dem Bundesminister für Finanzen und bei
2. Sachgütern, die dem Marktordnungsgesetz 1967 unterliegen, sowie bei Zucker, Geflügel und Eiern das Einvernehmen mit dem Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft herzustellen.

(3) In den Fällen des Abs. 2 sind nach dessen Maßgabe Vertreter des Bundesministeriums für Finanzen und des Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft dem preisbehördlichen Prüfungsverfahren zuzuziehen.

§ 5 a. Soweit es sich um die in den Kapiteln 1 bis 24 und 31 des Zolltarifes (Zolltarifgesetz 1958, BGBl. Nr. 74) genannten Waren handelt, hat das Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft die in § 2 Abs. 2 und 4, § 3 Abs. 1, § 3 a, § 3 b Abs. 2, § 4 Abs. 1 und 2 und § 5 Abs. 3 und 4 dieses Bundesgesetzes bezeichneten Befugnisse des Bundesministeriums für Inneres mit der Maßgabe auszuüben, daß das Bundesministerium für Inne-

## Derzeit geltender Text

## Vorgeschlagener neuer Text

res jedenfalls als in seinem Wirkungsbereiche vornehmlich berührtes Bundesministerium anzusehen ist; die Einberufung der Preiskommission (§ 3 Abs. 5) und der Vorsitz in dieser obliegt in solchen Fällen dem Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft oder einem von ihm bestellten Vertreter, wobei der Preiskommission auch ein Vertreter des Bundesministeriums für Inneres anzugehören hat.

§ 6. (1) Das Bundesministerium für Inneres und die in ihrem Wirkungsbereiche vornehmlich berührten Bundesministerien (§ 2 Abs. 3), die Landeshauptmänner, die Bezirksverwaltungsbehörden und die Bundespolizeibehörden sind berechtigt, durch ihre Organe von den gemäß Abs. 2 Auskunftspflichtigen Auskünfte über alles zu verlangen, was für die Preisbestimmung und Preisüberwachung der gemäß § 2 Abs. 1 sowie der allenfalls gemäß § 2 Abs. 4 oder § 3 a preisregulierten Sachgüter und Leistungen erforderlich oder für die Preiserstellung der unter § 5 Abs. 1 angeführten Sachgüter maßgebend ist, und zu diesem Zweck auch in die Wirtschafts- und Geschäftsaufzeichnungen Einsicht zu nehmen.

(2) Zur Auskunft sind alle gewerblichen und landwirtschaftlichen Unternehmer sowie die Verbände und Vereinigungen solcher Unternehmer verpflichtet.

(3) Alle Auskünfte sind kostenlos zu erteilen.

§ 7. (11) Wenn volkswirtschaftliche Gründe dafür sprechen, kann das Bundesministerium für Inneres im Einvernehmen mit dem Bundesministerium für Handel, Gewerbe und Industrie von der Verpflichtung zur Ersichtlichmachung der Preise im Einzelfalle durch Bescheid oder generell durch Verordnung Ausnahmen anordnen oder durch Verordnung nähere Vorschriften über die Art der Ersichtlichmachung der Preise für einzelne Branchen und innerhalb dieser erlassen. Die Verordnungen sind im „Amtsblatt zur Wiener Zeitung“ kundzumachen.

§ 8. (1) Für die im Sinne dieses Bundesgesetzes auf Antrag vorgenommene behördliche Preisbestimmung ist ein Kostenersatz von mindestens 10 S und höchstens 2000 S zu entrichten. Die in diesem Rahmen vorzunehmende Bemessung des Kostenersatzes hat sich im Einzelfalle nach dem Umfang und der Schwierigkeit der behördlichen Preisbestimmung und dem Werte der von der behördlichen Preisbestimmung betroffenen Sachgüter oder Leistungen zu richten.

(2) Zur Entrichtung des Kostenersatzes gemäß Abs. 1 ist der Antragsteller verpflichtet. Mehrere Antragsteller haften als Gesamtschuldner.

(3) Die Körperschaften des öffentlichen Rechtes sind von der Entrichtung eines Kostenersatzes befreit.

§ 6. (1) Die Preisüberwachung obliegt den Bezirksverwaltungsbehörden. Sie können sich hiebei der Organe der Bundesgendarmerie bedienen. Im Wirkungsbereich einer Bundespolizeibehörde obliegt die Preisüberwachung dieser.

(2) Der Bundesminister für Handel, Gewerbe und Industrie, die Landeshauptmänner, die Bezirksverwaltungsbehörden und die Bundespolizeibehörden sind berechtigt, durch ihre Organe von den gemäß Abs. 3 Auskunftspflichtigen Auskünfte über alles zu verlangen, was für die Preisregulierung und Preisüberwachung erforderlich ist, und zu diesem Zweck auch in die Wirtschafts- und Geschäftsaufzeichnungen Einsicht zu nehmen. Diese Rechte stehen für die Preisregulierung auch dem Bundesminister für Gesundheit und Umweltschutz zu.

(3) Zur Auskunft sind alle gewerblichen und landwirtschaftlichen Unternehmen sowie deren Verbände verpflichtet.

(4) Alle Auskünfte sind kostenlos zu erteilen.

§ 7. (11) Wenn volkswirtschaftliche Gründe dafür sprechen, kann der Bundesminister für Handel, Gewerbe und Industrie von der Verpflichtung zur Ersichtlichmachung der Preise durch Bescheid oder durch Verordnung Ausnahmen anordnen oder durch Verordnung nähere Vorschriften über die Art der Ersichtlichmachung der Preise für einzelne Branchen und innerhalb dieser erlassen.

(12) Preise sind derart ersichtlich zu machen, daß die Umsatzsteuer mit eingeschlossen ist.

## Derzeit geltender Text

## Vorgeschlagener neuer Text

§ 10. (2) Dieses Bundesgesetz tritt am 31. Dezember 1974 außer Kraft.

(3) Mit der Vollziehung dieses Bundesgesetzes ist das Bundesministerium für Inneres im Einvernehmen mit den beteiligten Bundesministerien, hinsichtlich des § 1 jedoch die Bundesregierung und hinsichtlich des § 5 a das Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft im Einvernehmen mit den beteiligten Bundesministerien betraut.

§ 8. Verordnungen auf Grund dieses Bundesgesetzes sind im „Amtsblatt zur Wiener Zeitung“ kundzumachen. Sie treten, sofern kein anderer Zeitpunkt festgesetzt wird, am dritten Tag nach der Kundmachung in Kraft.

§ 10. (2) Dieses Bundesgesetz tritt mit Ablauf des 31. Dezember 1975 außer Kraft.

(3) Mit der Vollziehung dieses Bundesgesetzes sind nach Maßgabe des Bundesministeriengesetzes 1973 der Bundesminister für Handel, Gewerbe und Industrie, der Bundesminister für Gesundheit und Umweltschutz, der Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft und der Bundesminister für Finanzen betraut.

## Anlage

## SACHGÜTER UND LEISTUNGEN

## I. Sachgüter

5. Alle zur Herstellung pharmazeutischer Produkte und Präparate notwendigen Rohstoffe und Halbfabrikate (mit Ausnahme der durch die Arzneitaxe zu regelnden Vergütungssätze bei der Abgabe in Apothekenbetrieben), Sera, Impfstoffe, pharmazeutische Spezialitäten (mit Ausnahme der Kosmetika) gemäß der Spezialitätenordnung, BGBl. Nr. 99/1947, in der Fassung der Verordnungen BGBl. Nr. 112/1948 und BGBl. Nr. 126/1952.

6. b) Erzeugnisse ausländischer Herkunft:

Eier (Hühnereier, Trockenei, flüssiges Ei), Kabeljau, Seelachs, Goldbarsch einschließlich deren Filets,

Ölsaaten (mit Ausnahme von Saflor, Mohn und Senfsaat; ferner mit Ausnahme von Raps, Rüben, Kürbiskernen und Sonnenblumenkernen, soweit diese Sachgüter anderen Zwecken als der Herstellung von Speisefetten und Speiseölen dienen),

Ölkuchen, -schrot, -mehl,

Zucker (Rohrzucker).

5. Alle zur Herstellung pharmazeutischer Produkte und Präparate notwendigen Rohstoffe und Halbfabrikate (mit Ausnahme der durch die Arzneitaxe zu regelnden Vergütungssätze bei der Abgabe in Apothekenbetrieben), Sera, Impfstoffe, immunbiologische Präparate, pharmazeutische Spezialitäten (mit Ausnahme der Kosmetika) gemäß der Spezialitätenordnung, BGBl. Nr. 99/1947, in der Fassung der Verordnungen BGBl. Nr. 112/1948 und BGBl. Nr. 126/1952.

6. b) Erzeugnisse ausländischer Herkunft:

Eier (Hühnereier, Trockenei, flüssiges Ei), Kabeljau, Seelachs, Goldbarsch einschließlich deren Filets,

Ölsaaten (mit Ausnahme von Saflor, Mohn und Senfsaat; ferner mit Ausnahme von Raps, Rüben, Kürbiskernen und Sonnenblumenkernen, soweit diese Sachgüter anderen Zwecken als der Herstellung von Speisefetten und Speiseölen dienen),

Ölkuchen, -schrot, -mehl,

Futtergerste, Futterhafer, Futtermais, Düngemittel,

Zucker (Rohrzucker).

## Artikel III

(1) Dieses Bundesgesetz tritt mit 1. Jänner 1973 in Kraft.

(2) Mit der Vollziehung dieses Bundesgesetzes sind hinsichtlich des Artikels I die Bundesregierung und hinsichtlich des Artikels II der Bundesminister für Inneres und der Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft je nach ihrem Wirkungsbereich, jeweils im Einvernehmen mit den in ihrem Wirkungsbereich vornehmlich berührten Bundesministern (§ 2 Abs. 3 und § 5 a des Preisregelungsgesetzes 1957) betraut.

## Artikel III

Mit der Vollziehung des Art. I und des § 3 e Abs. 3 in der Fassung des Art. II Z. 4 dieses Bundesgesetzes ist die Bundesregierung betraut. Die Zuständigkeit zur Vollziehung der übrigen Vorschriften bestimmt sich nach § 10 Abs. 3 des Preisregelungsgesetzes 1957 in der Fassung des Art. II Z. 10 dieses Bundesgesetzes.